

**Oktober 2022**

---

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Kritische Sicht auf wirtschaftliche Lage, Skepsis gegenüber Zukunft.....	5
Ukraine-Krieg: 47 Prozent für Zurückhaltung, 43 Prozent für Entschlossenheit.....	7
Zufriedenheit mit der Bundesregierung lässt weiter nach.....	10
Politikerzufriedenheit: Habeck und Scholz mit neuen Tiefständen .....	12
Sonntagsfrage: Grüne und FDP schwächer, Union und AfD stärker.....	13
Gesunkene Demokratiezufriedenheit.....	14
Russische Kriegsdienstflüchtlinge: Knappe Mehrheit für Aufnahme .....	16
Studieninformation.....	17

## Zusammenfassung

Die sich aktuell überlappenden krisenhaften Entwicklungen sorgen für eine massive Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung. Nach 59 Prozent im Vorjahr sind aktuell nur noch 20 Prozent zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage. Gut jeder Zweite rechnet zudem damit, dass sich die ökonomische Situation in der Bundesrepublik weiter verschlechtern wird. Knapp sechs von zehn fürchten, dass die rapide Inflation sie überfordern könnte. Zudem ist fast jeder fünfte Beschäftigte in Sorge um seinen Arbeitsplatz. In Summe liefern die aktuellen Verhältnisse für nur 11 Prozent Anlass zur Zuversicht, 85 Prozent sind beunruhigt. Ein neuer Tiefstand in der Geschichte des seit 1997 erhobenen ARD-DeutschlandTREND.

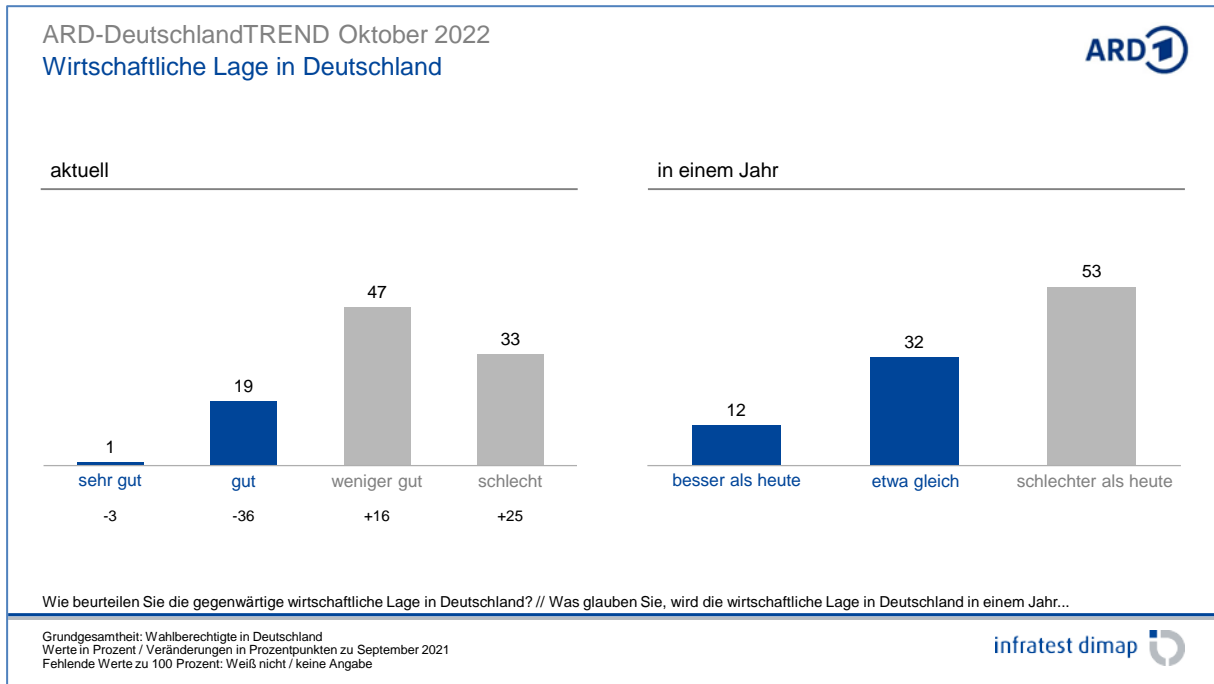
Neben den energie- und wirtschaftspolitischen Folgen des Ukraine-Krieges sorgt der Kriegsverlauf im Osten Europas weiter für Verunsicherung. Mehr als die Hälfte fürchtet, die Bundesrepublik könnte direkt in den Krieg hineingezogen werden. Entsprechend plädiert fast jeder Zweite dafür, in Fragen der militärischen Unterstützung der Ukraine eher zurückhaltend zu agieren, um Russland nicht zu provozieren, während 43 Prozent eine größere Entschlossenheit und Härte einfordern. Nicht weniger uneinig sind sich die Deutschen in ihrer Haltung zu den Sanktionen gegen den russischen Angreifer. 31 Prozent betrachten den jetzigen Stand zwar als angemessen. 36 Prozent fordern dagegen weitergehende Schritte, während jeder Vierte die bestehenden Sanktionen bereits als zu weitgehend ablehnt. Unter dem Strich findet der Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg ähnlich wie zuletzt im Juli nur bei knapp vier von zehn Zuspruch. Über die Hälfte übt demgegenüber Kritik, wobei unter ihnen die Forderung nach einem zurückhaltenden Auftreten gegenüber Russland klar überwiegt.

Auf die bestehende Energie- und Preiskrise versucht die Bundesregierung mit einer Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik inklusive der Rettung von Energieimporteuren, umfangreichen Entlastungspaketen und einem Rettungsschirm für Wirtschaft und Verbraucher zu reagieren. Auf die Bewertung der Regierungsarbeit hat dies bislang keinen positiven Einfluss. Kaum verändert äußert sich nur ein gutes Viertel der Bundesbürger wohlwollend zu den Berliner Bemühungen, die Energieversorgung in Deutschland zu sichern. Ähnlich wie vor drei Monaten ist nur knapp jeder Fünfte damit zufrieden, wie die Bürger angesichts der hohen Energiepreise entlastet werden. Ebenfalls nur jeden Fünften überzeugen die bisherigen Anstrengungen zur Entlastung der Wirtschaft. In der Gesamtschau überwiegt das Unbehagen gegenüber der Berliner Regierungsarbeit mit gut zwei Dritteln weiterhin klar. Diese Kritik schließt die Regierungsleistungen alle drei Ampel-Partner ein, auch die der Grünen. Sie schneiden im Bevölkerungsurteil zwar weiterhin am besten ab, werden aktuell von 63 Prozent aber ebenfalls negativ bewertet. Im Ergebnis erzielt derzeit auch kein Kabinettsmitglied ein mehrheitlich positives Urteil. Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock als weiterhin populärste Bundespolitikerin erntet ähnlich viel Zuspruch wie Ablehnung. Allerdings kann auch die Opposition personell nur wenig überzeugen. Unions-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz findet lediglich Zuspruch bei gut jedem vierten Wahlberechtigten.

Ungeachtet ihrer personellen Aufstellung bleibt die CDU/CSU in der aktuellen bundespolitischen Stimmung stärkste Kraft und könnte mit 28 Prozent rechnen, 1 Punkt mehr als im Vormonat. An zweiter Stelle liegen weiterhin die Grünen, die statt 22 Prozent wie im September derzeit aber nur noch 19 Prozent in Aussicht hätten. Die SPD könnte unverändert mit 17 Prozent rechnen. Die AfD würde 15 Prozent erzielen, ein Plus von zwei Punkten und der höchste Wert seit Dezember 2019. Die FDP verschlechtert sich auf 7 Prozent (-1), die Linke liegt unverändert bei 5 Prozent. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent.

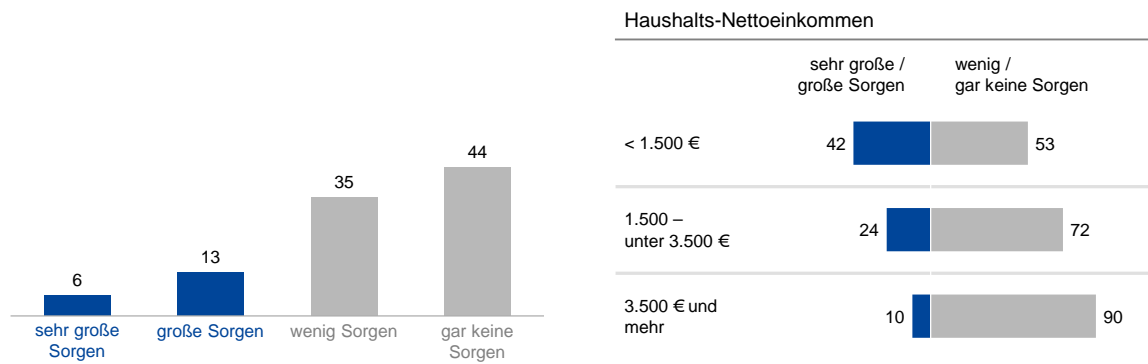
Die krisenhafte Gesamtsituation treibt die Sorgen der Bundesbürger, beeinträchtigt aber ebenso ihren Blick auf das politische System. Waren 2020 zwei Drittel der Bundesbürger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, sind es aktuell 51 Prozent, im Osten sogar nur 35 Prozent. Dennoch besteht ein weiterhin hohes Grundvertrauen in die Demokratie. Nicht nur eine Mehrheit der Westdeutschen, auch 75 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten schätzen sie grundsätzlich als gute Regierungsform.

## Kritische Sicht auf wirtschaftliche Lage, Skepsis gegenüber Zukunft



Die sich aktuell überlappenden krisenhaften Entwicklungen von Ukraine-Krieg, Energie- und Preiskrise sorgen aktuell für eine massive Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung. Nach 59 Prozent im Vorjahr sind aktuell nur noch 20 Prozent zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, 80 Prozent sind unzufrieden. Ähnlich kritisch fiel das wirtschaftliche Urteil der Bundesbürger letztmalig im zeitlichen Umfeld der Finanzkrise 2009 aus. Allerdings schauen die Bundesbürger nicht nur auf die aktuelle Situation kritisch, auch ihr Blick in die Zukunft fällt pessimistisch aus wie lange nicht. 53 Prozent der Wahlberechtigten rechnen damit, dass sich die ökonomische Situation in der Bundesrepublik binnen Jahresfrist weiter verschlechtert, während ein Drittel eine Stagnation auf dem jetzigen Niveau erwartet. Lediglich 12 Prozent der Deutschen glauben an eine Besserung in den kommenden 12 Monaten.

ARD-DeutschlandTREND Oktober 2022  
 Erwerbstätige: Sorgen, dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren



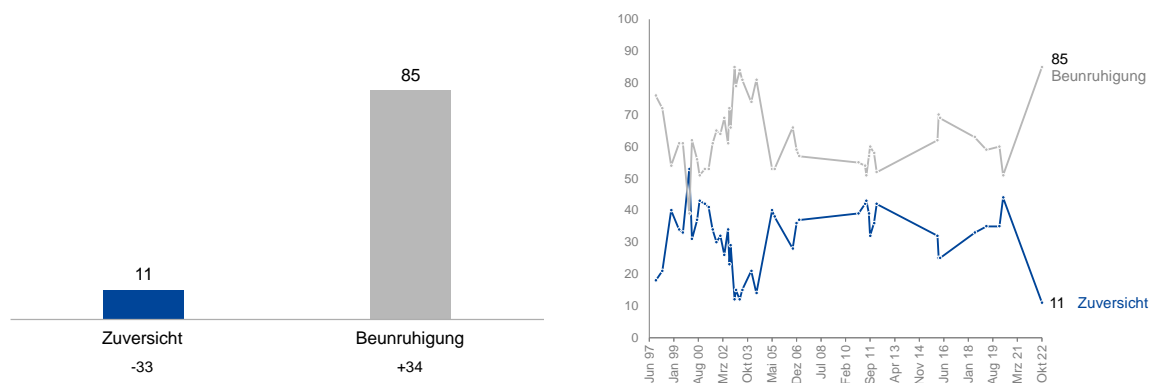
Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, wenig Sorgen oder gar keine Sorgen, dass...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
 Werte in Prozent  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe



Die aufziehende wirtschaftliche Krise hinterlässt erste Spuren auch in den Erwartungen der Beschäftigten. Fast jeder Fünfte von ihnen (19 Prozent) fürchtet derzeit um seinen Arbeitsplatz, darunter insbesondere Personen mit geringerem Haushaltseinkommen (42 Prozent). Gleichzeitig ängstigt die Deutschen die weitere Inflationsentwicklung. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger (57 Prozent) ist in Sorge, dass sie angesichts stark steigender Preise ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen könnten.

ARD-DeutschlandTREND Oktober 2022  
 Verhältnisse in Deutschland



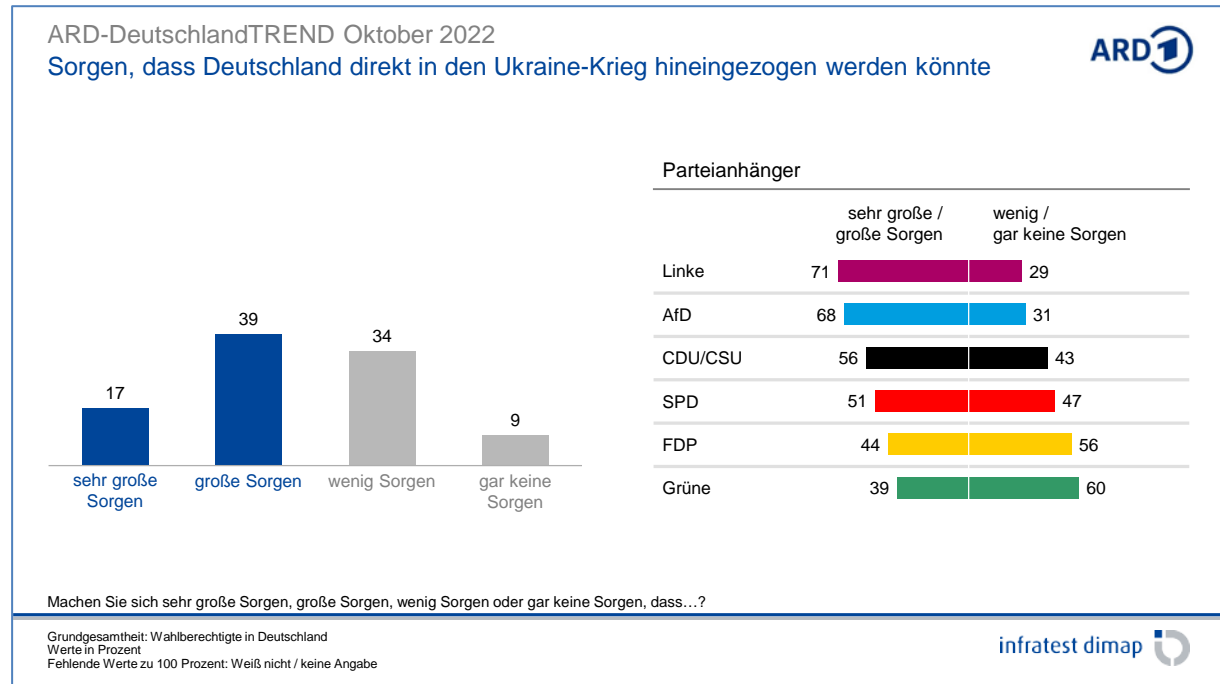
Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Deutschland eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2020  
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

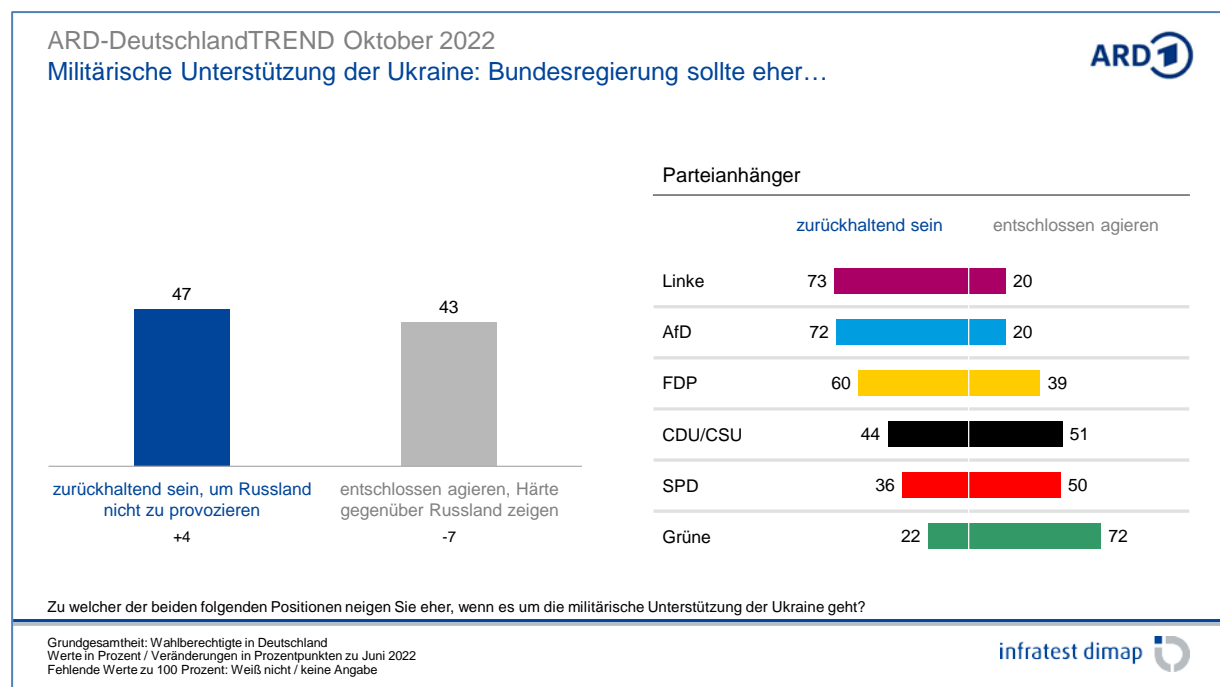


Entsprechend negativ fällt die momentane Grundstimmung unter den Bundesbürgern aus. Die aktuellen Verhältnisse in Deutschland liefern derzeit für nur 11 Prozent der Wahlberechtigten Anlass zur Zuversicht, 85 Prozent sind beunruhigt. Ein historischer Tiefstand im ARD-DeutschlandTREND.

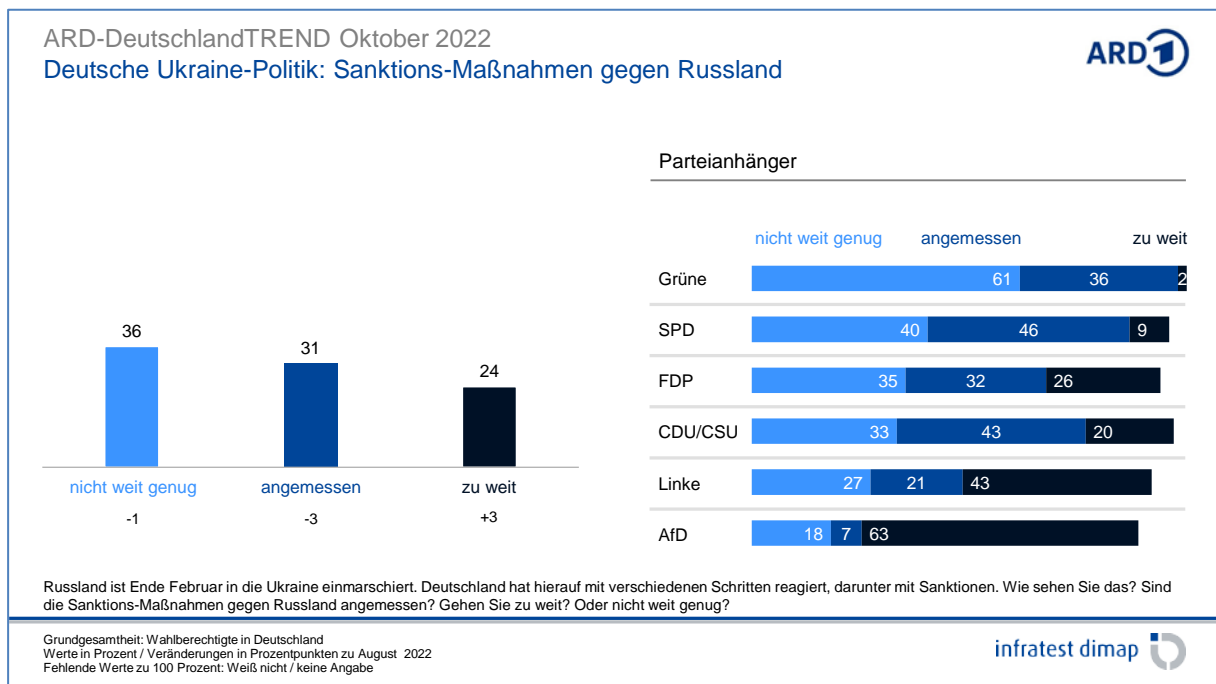
## Ukraine-Krieg: 47 Prozent für Zurückhaltung, 43 Prozent für Entschlossenheit



Neben den energie- und wirtschaftspolitischen Folgen des Ukraine-Krieges sorgt der Kriegsverlauf selbst für Verunsicherung in der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Deutschen (56 Prozent) fürchtet, die Bundesrepublik könnte direkt in den Krieg hineingezogen werden. Eine Sorge, die am stärksten in den Reihen von AfD (68 Prozent) und Linken (71 Prozent) ausgeprägt ist, die aber auch etwa jeden zweiten Unions- (56 Prozent) und SPD-Wähler (51 Prozent) umtreibt.



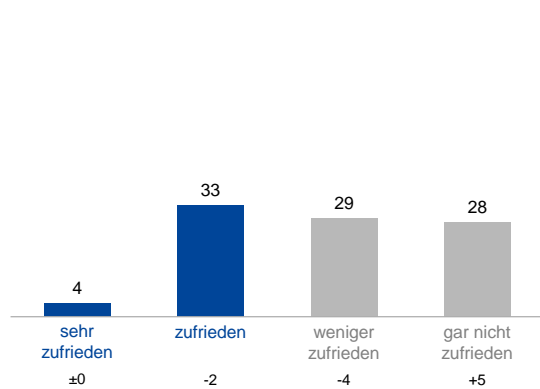
In der Bevölkerung gehen die Meinungen zur deutschen Ukraine-Politik weiterhin auseinander. Etwa jeder zweite Deutsche und damit mehr als im Juni (47 Prozent; +4) plädiert dafür, in Fragen der militärischen Unterstützung der Ukraine eher zurückhaltend zu agieren, um Russland nicht zu provozieren. 43 Prozent (-7) fordern dagegen von der Bundesregierung eine größere Entschlossenheit und Härte gegenüber Russland, nach 50 Prozent im Sommer. Die Forderung nach einem entschlosseneren Auftreten Deutschlands unterstützen weiterhin in erster Linie die Anhänger der Grünen (72 Prozent), überwiegt aber auch in den Reihen von SPD (50:36 Prozent) und Union (51:44 Prozent). Die FDP-Anhänger (39:60 Prozent), vor allem aber die der AfD (20:72 Prozent) und Linken (20:73 Prozent) favorisieren stattdessen ein zurückhaltendes Agieren der Bundesrepublik, ebenso diejenigen, die momentan keiner Partei bei einer Wahl zuneigen würden (32:54 Prozent).



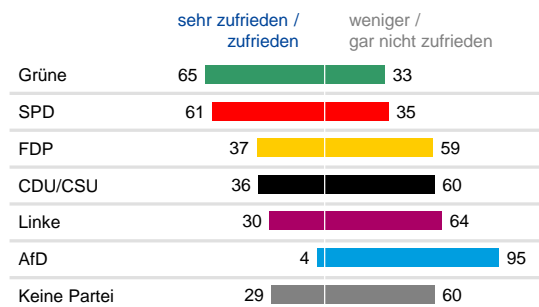
Keineswegs einiger sind sich die Deutschen auch in ihrer Haltung zu den Sanktionen gegen den russischen Angreifer in den letzten Monaten geworden. Nach 34 Prozent im August betrachten derzeit 31 Prozent den Stand der Sanktionen als angemessen. 36 Prozent (-1) fordern dagegen weitergehende Schritte. Gestiegen ist die Zahl derjenigen, die die Sanktionen als zu weitgehend ablehnen von 21 Prozent im August auf nunmehr 24 Prozent (+3).



ARD-DeutschlandTREND Oktober 2022  
Zufriedenheit mit Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg



Parteihänger



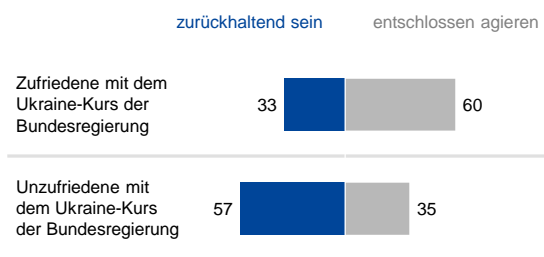
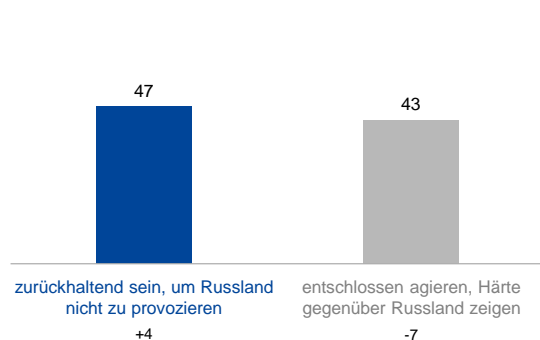
Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in den folgenden Bereichen? Wie ist es mit ...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Juli 2022  
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe



Unter dem Strich findet der Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg ähnlich wie zuletzt im Juli nur Zuspruch bei knapp vier von zehn Deutschen (37 Prozent; -2). Sechs von zehn (57 Prozent; +1) üben demgegenüber Kritik, wobei unter den Kritikern des Regierungskurses im Ukraine-Konflikt die Forderung nach einem eher zurückhaltenden Auftreten Deutschlands mit 57 Prozent überwiegt. Nur jeder dritte Kritiker des Berliner Kurses (35 Prozent) im Ukraine-Krieg setzt sich für mehr Geschlossenheit und Härte gegenüber Russland ein.

ARD-DeutschlandTREND Oktober 2022  
Militärische Unterstützung der Ukraine: Bundesregierung sollte eher...

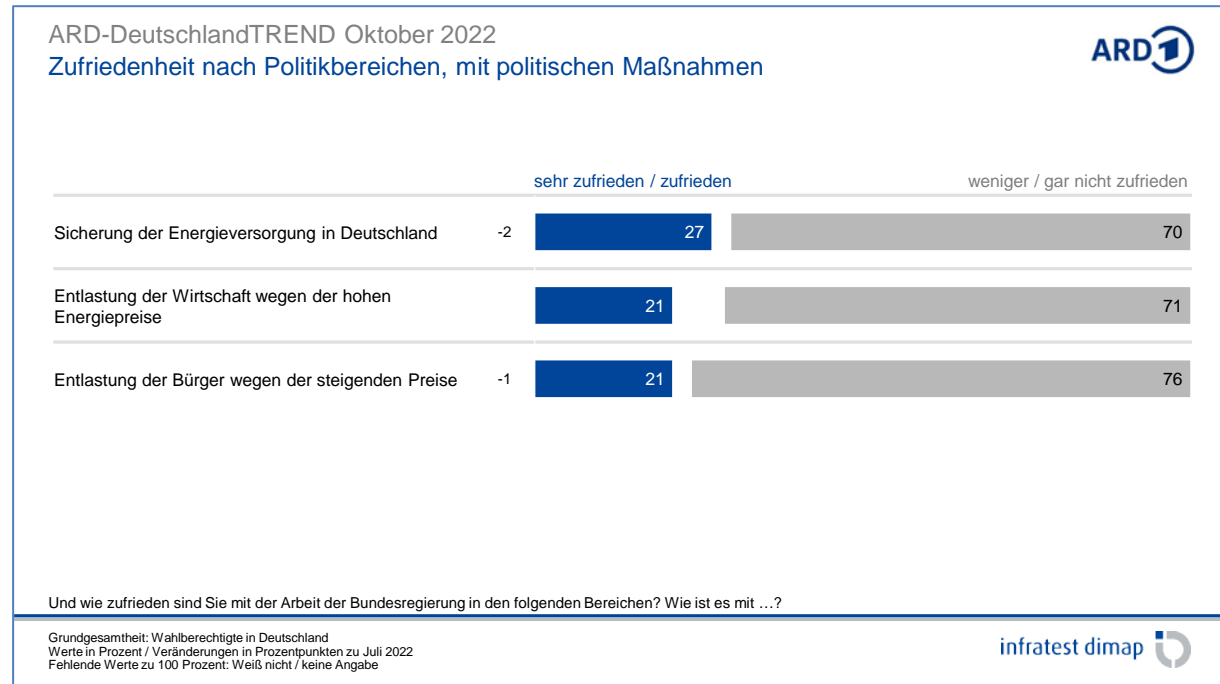


Zu welcher der beiden folgenden Positionen neigen Sie eher, wenn es um die militärische Unterstützung der Ukraine geht?

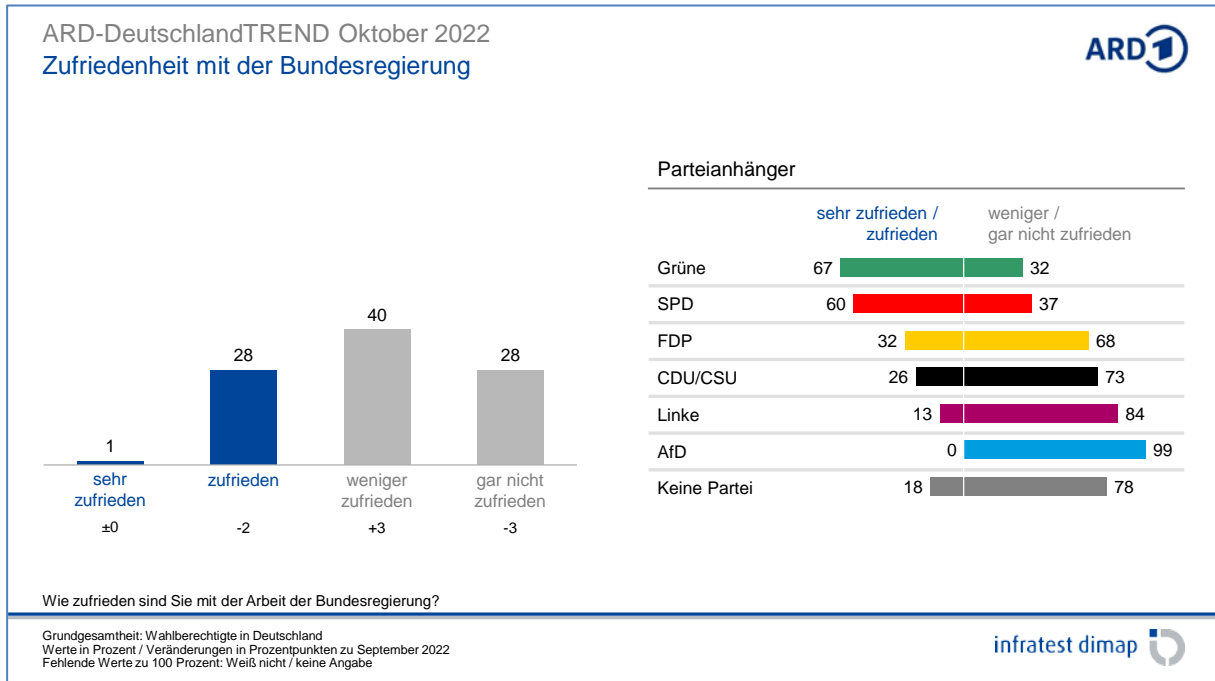
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Juni 2022  
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe



## Zufriedenheit mit der Bundesregierung lässt weiter nach



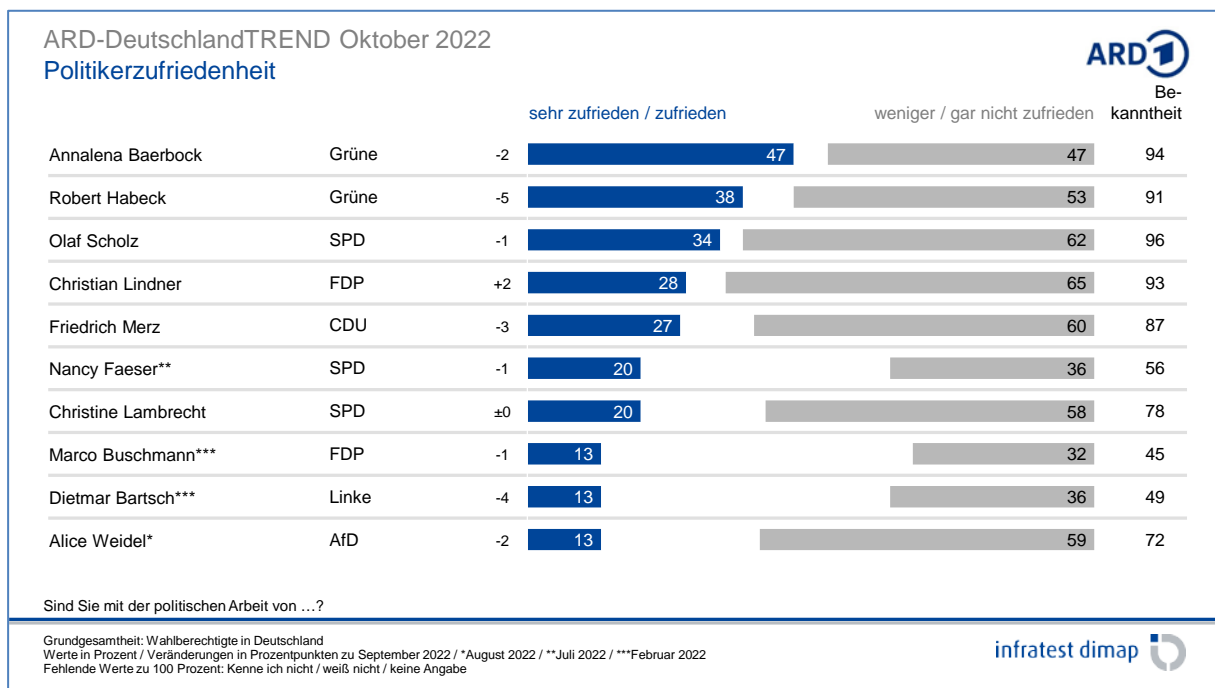
Auf die bestehende Energie- und Preiskrise versucht die Bundesregierung mit einer teilweise Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik inklusive der Rettung von Energieimporteuren, umfangreichen Entlastungspaketen und einem Rettungsschirm für Wirtschaft und Verbraucher zu reagieren. Auf die Bewertung der Regierungsarbeit hat dies bislang jedoch keinen positiven Einfluss. Kaum verändert zu Juli äußern sich nur drei von zehn Bundesbürgern (27 Prozent; -2) wohlwollend zu den Berliner Bemühungen, die Energieversorgung in Deutschland zu sichern. Ähnlich wie vor drei Monaten ist nur etwa jeder Fünfte (21 Prozent; -1) damit zufrieden, wie die Bürger angesichts der hohen Energiepreise entlastet werden. Ebenfalls nur jeden Fünften (21 Prozent) überzeugen die bisherigen Anstrengungen zur Entlastung der deutschen Wirtschaft.



Auch in der Gesamtschau überwiegt das Unbehagen gegenüber der Berliner Regierungsarbeit mit gut zwei Dritteln (68 Prozent; +/-0) weiterhin deutlich. Lediglich 29 Prozent (-2) gelangen zu einem positiven Urteil, ein neuer Tiefstand für die Ampel-Koalition. Die aktuelle Kritik an der Bundesregierung schließt die Regierungsleistungen alle drei Ampel-Partner ein, auch die der Grünen. Die Grünen schneiden im Bevölkerungsurteil zwar weiterhin am besten ab, ihre Arbeit wird aktuell von 63 Prozent der Deutschen (+8 zu August) aber ebenfalls negativ bewertet. Während die Regierungsleistungen der SPD von zwei Dritteln kritisch gesehen werden (68 Prozent; +6), stoßen die der FDP bei mehr als sieben von zehn (74 Prozent; +4) auf Widerspruch.

## Politikerzufriedenheit: Habeck und Scholz mit neuen Tiefständen

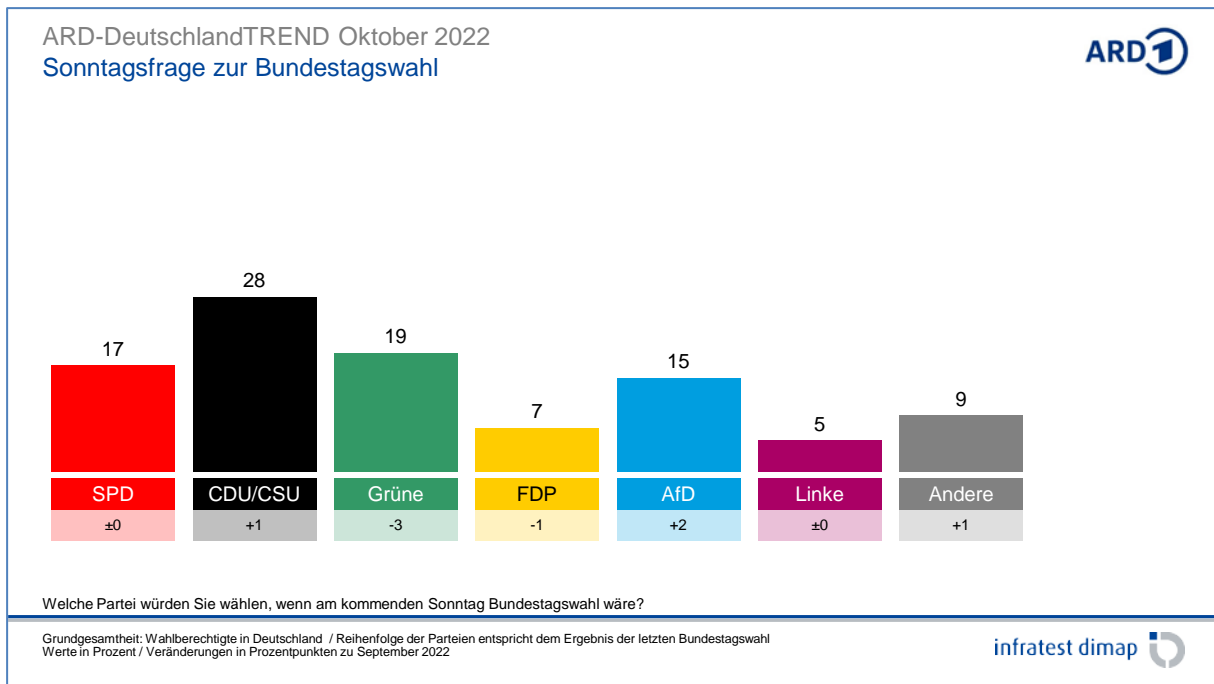
Die Liste der populärsten Bundespolitiker im ARD-DeutschlandTREND wird auch im Oktober von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock angeführt. Allerdings büßt die Grünen-Politikerin zum vierten Mal in Folge an Rückhalt ein: 47 Prozent (-2) äußern sich zustimmend zu ihrer Person, ebenso viele ablehnend. Hinter ihr folgt weiterhin Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck, der mit 38 Prozent (-5) jedoch auf den niedrigsten Zustimmungswert seit seinem Eintritt in die Bundesregierung zurückfällt. Ebenfalls einen neuen persönlichen Tiefstand im Amt erreicht Bundeskanzler Olaf Scholz, dem derzeit nur 34 Prozent (-1) eine gute Arbeit attestieren. Einen ähnlich niedrigen Zustimmungswert im Amt des Bundeskanzlers erzielte zuletzt Gerhard Schröder im September 2004 (33 Prozent).



Im oberen Mittelfeld bewegt sich im aktuellen Bevölkerungsurteil FDP-Finanzminister Christian Lindner (28 Prozent; +2) und Unions-Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz (27 Prozent; -3), die jeweils von gut jedem Vierten positiv bewertet werden. Auf sie folgen Innenministerin Nancy Faeser (-1 zu Juli) und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (+/-0) mit einem Zuspruch von jeweils 20 Prozent. Deutlich abgeschlagen platzieren sich in der aktuellen Bewertung der Wahlberechtigten die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (13 Prozent; -2 zu August), der FDP-Justizminister Marco Buschmann (13 Prozent; -1 zu Februar) sowie der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch (13 Prozent; -4 zu Februar).

### Sonntagsfrage: Grüne und FDP schwächer, Union und AfD stärker

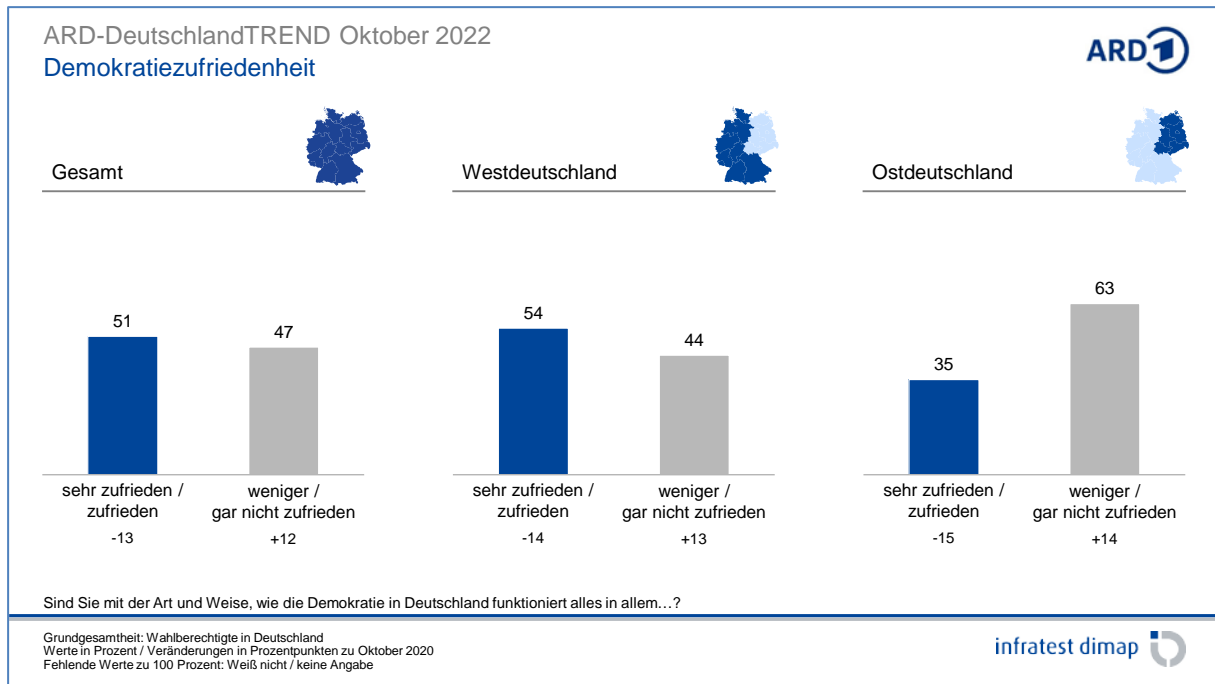
Ungeachtet ihrer personellen Aufstellung bleibt die CDU/CSU in der aktuellen bundespolitischen Stimmung vorn. Sie könnte mit 28 Prozent rechnen, 1 Punkt mehr als im Vormonat. An zweiter Stelle liegen weiterhin die Grünen, die statt 22 Prozent wie im September aber nur noch 19 Prozent in Aussicht hätten. Die SPD könnte unverändert mit 17 Prozent rechnen. Die AfD würde 15 Prozent erzielen, ein Plus von zwei Punkten und der höchste Wert seit Dezember 2019. Die FDP verschlechtert sich auf 7 Prozent (-1), die Linke liegt unverändert bei 5 Prozent. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent.



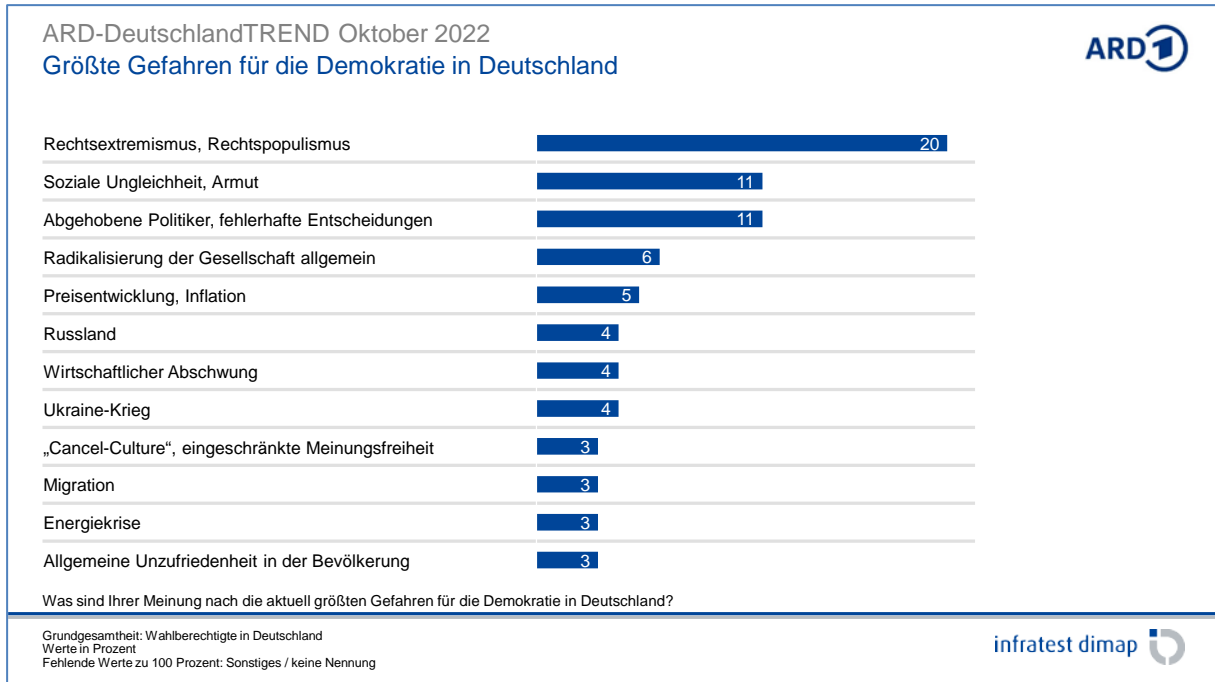
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Gesunkene Demokratiezufriedenheit

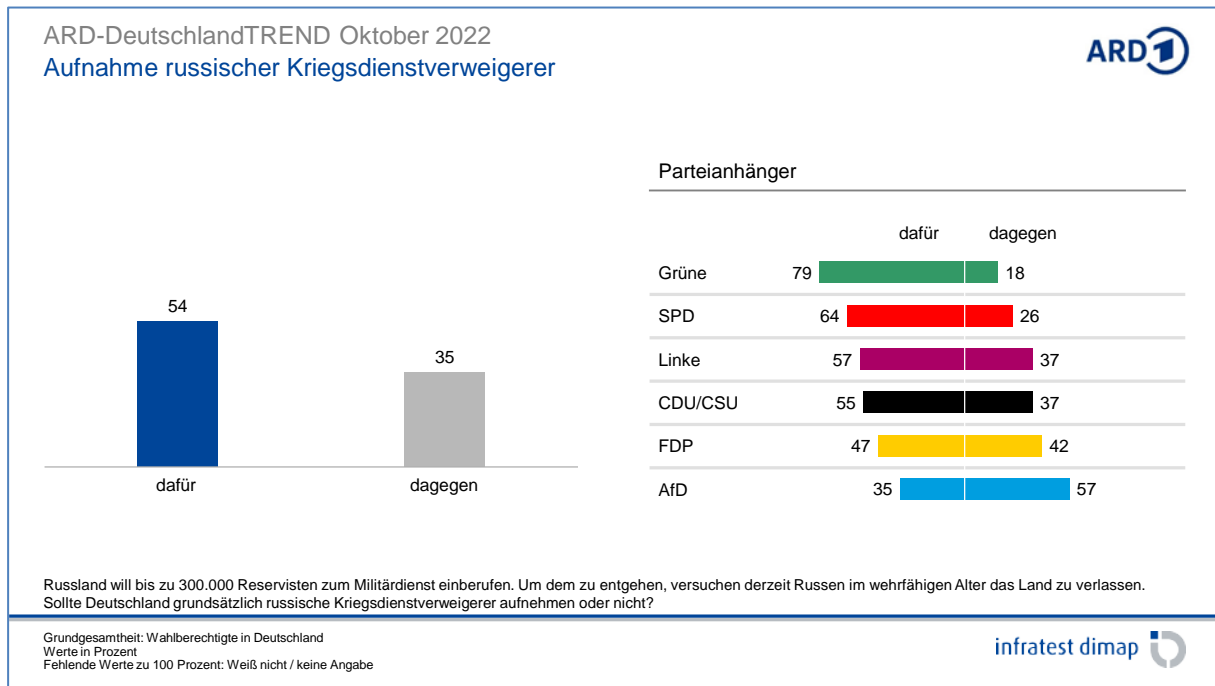
Die krisenhafte Gesamtsituation treibt momentan die Sorgen der Bundesbürger, beeinträchtigt aber ebenso den Blick auf das politische System. Waren vor zwei Jahren zwei Drittel der Bundesbürger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, sind es aktuell 51 Prozent (-13), im Osten sogar nur 35 Prozent (-15). Dennoch besteht in der Bundesrepublik ein weiterhin hohes Grundvertrauen in die Demokratie. Nicht nur eine Mehrheit der Westdeutschen (91 Prozent), auch 75 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten schätzen sie grundsätzlich als gute Regierungsform.



Aktuelle Gefahren für die Demokratie in Deutschland sehen die Bürgerinnen und Bürger vor allem von innen. Auf die offen gestellte Frage macht jeder fünfte Befragte (20 Prozent) den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als größte Gefahr aus. Etwa jeder Zehnte (11 Prozent) verweist auf soziale Ungleichheit im Land, ebenso viele (11 Prozent) auf die Abgehobenheit des politischen Betriebs und dortige Fehlentscheidungen.



## Russische Kriegsdienstflüchtlinge: Knappe Mehrheit für Aufnahme



Angesichts jüngster Vorstöße der ukrainischen Armee hat Russland eine Teilmobilisierung von bis zu 300.000 Reservisten angekündigt. Um der Einberufung zu entgehen, versuchen seither Russen im wehrfähigen Alter das Land zu verlassen. Über eine mögliche Aufnahme von russischen Kriegsdienstverweigerern wird europaweit diskutiert, auch in Deutschland. In der bundesdeutschen Bevölkerung überwiegt mit 54 Prozent die Ansicht, Deutschland sollte für eine Aufnahme grundsätzlich offen sein. Jeder Dritte (35 Prozent) äußert sich ablehnend. Positiv äußern sich vor allem die Anhänger von Grünen (79 Prozent) und SPD (64 Prozent). Aber auch in den Reihen von Linken (57:37 Prozent) und Union (55:37 Prozent) überwiegt die Zustimmung. Während die FDP-Anhänger in ihrer Haltung eher gespalten sind (47:42 Prozent), spricht sich in den Reihen der AfD eine Mehrheit gegen eine Aufnahme aus.



## ARD–DeutschlandTREND Oktober 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewiek	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.307 Befragte (855 Telefoninterviews und 452 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	03. bis 05. Oktober 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 533 22-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0